

2017-08

Veröffentlicht am 03.11.2017

Nr. 08/S. 95

PUBLICUS AMTLICHES VERÖFFENT- LICHUNGS- ORGAN

Tag	Inhalt	Seite
03.11.17	Ordnung für die Prüfung im Masterstudiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren im Fachbereich Umweltwirtschaft/Umweltrecht	96-111
03.11.17	Ordnung zur Aufhebung der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren an der Hochschule Trier	112-112

**Ordnung für die Prüfung
im Masterstudiengang Insolvenzrecht und
Reorganisationsverfahren im Fachbereich
Umweltwirtschaft/Umweltrecht
an der Hochschule Trier
vom 17.10.2017**

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167; BS 223-41) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02. März 2017 (GVBl. S. 17), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Umweltwirtschaft/ Umweltrecht der Hochschule Trier am 04.10.2017 die folgende Prüfungsordnung an der Hochschule Trier beschlossen. Diese Prüfungsordnung hat der Präsident am 16.10.2017 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

INHALT

Präambel

I. Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Abschlussgrad
- § 3 Zulassungsausschuss
- § 4 Zulassung zum Studium
- § 5 Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebotes
- § 6 Prüfungsausschuss, Prüfungsamt
- § 7 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Master-Thesis
- § 8 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren
- § 9 Module, Vergabe von Leistungspunkten (ECTS), Arten der Prüfungsleistungen, Fristen
- § 10 Studienleistungen
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Schriftliche Prüfungen
- § 13 Projektarbeiten
- § 14 Abschlussarbeit
- § 15 Kolloquium über die Abschlussarbeit
- § 16 Bewertung der Prüfungsleistungen / Ermittlung von Modulergebnissen
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 18 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen
- § 19 Wiederholung von Prüfungsleistungen und Abschlussarbeit
- § 20 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen und Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen

II. Masterprüfung

- § 21 Umfang und Art der Masterprüfung
- § 22 Zulassungsvoraussetzungen für die Abschlussarbeit

- § 23 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis, Diploma Supplement
- § 24 Urkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 25 Ungültigkeit der Master-Prüfung
- § 26 Einsicht in die Prüfungsakten

IV. Inkrafttreten

- § 27 Inkrafttreten

V. Außerkrafttreten

- § 28 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung und Übergangsvorschriften

Präambel

Der Fachbereich Umweltwirtschaft/Umweltrecht sieht seine Aufgabe in der wissenschaftlichen Lehre in Verbindung mit anwendungsbezogener Forschung zur Ausbildung von qualifizierten und verantwortungsbewussten Absolventinnen und Absolventen, die sich durch die Fähigkeit zur eigenständigen Problemlösung auszeichnen. Hierzu wird von den Studierenden erwartet, dass sie Lehrveranstaltungen regelmäßig besuchen und kontinuierlich vor- und nachbereiten.

I. Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Masterprüfung führt zu einem weiteren berufsqualifizierenden akademischen Abschluss des deutschsprachigen weiterbildenden Master-Studienganges „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“. Mit der Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse selbstständig anzuwenden und weiterzuentwickeln, komplexe Entwicklungs-, Planungs- und Organisationsaufgaben zu übernehmen, sowie in der Lage sind, den Anforderungen eines sich stetig wandelnden Berufsfeldes kompetent und innovativ zu begegnen und Führungsaufgaben zu übernehmen. Des Weiteren wird festgestellt, ob die Studierenden die Fähigkeiten besitzen, welche sie zu Forschung sowie anderen konzeptionellen Tätigkeiten im Bereich des Insolvenzrechts befähigen, die ein hohes Maß an abstrahierender und formalisierender Auseinandersetzung und konstruktiver Lösungskompetenz erfordern.

§ 2 Abschlussgrad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung wird der akademische Grad "Master of Laws (abgekürzt "LL.M.")" verliehen.

§ 3 Zulassungsausschuss

(1) Für jeden Master-Studiengang wird ein Zulassungsausschuss gebildet, welcher vom Fachbereich bestimmt wird.

(2) Dem Zulassungsausschuss gehören an:

1. vier Professorinnen bzw. Professoren, zu denen auch Honorarprofessorinnen bzw. -professoren oder Lehrbeauftragte des Fachbereichs Umweltwirtschaft/ Umweltrecht gehören können;
2. eine Studierende bzw. ein Studierender des Fachbereichs,
3. je ein Mitglied gem. § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG.

Sofern dem Zulassungsausschuss auch ein/e Lehrbeauftragte/r angehört, ist die Zahl der Professorinnen bzw. Professoren zu erhöhen.

(3) Der Zulassungsausschuss entscheidet über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 4 dieser Ordnung.

(4) Der Fachbereich kann beschließen, dass der Prüfungsausschuss gemäß § 6 den Zulassungsausschuss ersetzt.

§ 4 Zulassung zum Studium

(1) Die Zulassung zum weiterbildenden Master-Studiengang setzt voraus:

1. einen schriftlichen Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers sowie
2. den Nachweis über einen ersten qualifizierten Hochschulabschluss im Fach Wirtschafts- und Umweltrecht oder Wirtschaftsrecht mit der Note „gut“ (mind. 2,5) oder Erste Juristische Prüfung mit der Note „befriedigend“ (mind. 6,5 Punkte) gem. § 8 Juristische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Rheinland-Pfalz (JAPO) vom 1. Juli 2003, GVBl. 2003, S 131 ff. oder einen vergleichbaren Studienabschluss, insbesondere aus betriebswirtschaftlichen Fächern, oder
3. den Nachweis über eine einschlägige berufsqualifizierende Abschlussprüfung außerhalb der Hochschule, wie insbesondere ein Steuerberater- oder Wirtschaftsprüferexamen und
4. den Nachweis über eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel mindestens einem Jahr. Sofern der Nachweis nicht mit dem Zulassungsantrag erfolgen kann, ist er spätestens bis zur Anmeldung der Master-Thesis zu erbringen.

(2) Die Zulassung von Bewerbern ohne ersten Hochschulabschluss setzt voraus:

1. einen schriftlichen Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers sowie
2. den Nachweis über die Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 35 HochSchG und

3. den Nachweis über die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit, die hinreichende inhaltliche Zusammenhänge mit dem Studiengang aufweist und Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die für den Studiengang förderlich sind und über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ausgeübt wurde.

4. Weitere Voraussetzung ist das erfolgreiche Bestehen einer von der Hochschule vorgenommenen Eignungsprüfung, die die Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation mit der eines abgeschlossenen grundständigen Studiums feststellt. Das Nähere regelt die Ordnung zur Feststellung der studiengangbezogenen Eignung für den weiterbildenden Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ des Fachbereichs Umweltwirtschaft/ Umweltrecht der Hochschule Trier, Standort Umwelt-Campus Birkenfeld (Anlage 3).

(3) Bewerberinnen und Bewerber mit einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss mit weniger als 210 ECTS-Punkten, die sich in einen Master-Studiengang mit 90 ECTS-Punkten einschreiben wollen, haben die Möglichkeit, spätestens bis zur Anmeldung der Master-Thesis zusätzliche Leistungen bis zu einem Umfang der Differenz der bisher erbrachten ECTS-Punkte zu den für einen Masterabschluss erforderlichen 300 ECTS-Punkten zu erbringen. Diese Bewerber legen dem Zulassungsausschuss einen Vorschlag für einen Belegungskatalog für zusätzliche Leistungen vor, der dann vom Zulassungsausschuss gemäß § 3 verbindlich festgelegt wird und Bestandteil der Zulassung des Bewerbers ist. Die genaue Vorgehensweise regelt der Zulassungsausschuss.

(4) Gemäß § 19 Abs. 2 Satz 3 HochSchG kann zum Masterstudium vor Abschluss des Bachelor-Studiums zugelassen werden, wenn zum Zeitpunkt des Beginns des ersten Fachsemesters weniger als 20 Kreditpunkte (ECTS) zum erfolgreichen Abschluss des Bachelor-Studiums erbracht werden müssen und die zum Zeitpunkt der Antragsstellung errechnete Durchschnittsnote aller bestandenen Prüfungsleistungen nicht unter der in § 4 Abs. 2 ggf. festgelegten Zeugnisabschlussnote mit einer Gesamtnote von in der Regel mindestens 2,5 liegt. Die Einschreibung erlischt, wenn die Zugangsvoraussetzungen nicht bis zum Ende des ersten Semesters nachgewiesen werden. Eine erneute Einschreibung in einen Master-Studiengang an der Hochschule Trier ist erst nach erfolgreichem Abschluss eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulstudiums möglich, sofern die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt werden.

(5) Die Zulassung kann mit weiteren Auflagen verbunden werden.

(6) Über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1, 2 und Abs. 4 sowie über Ausnahmen und Auflagen nach Abs. 5 entscheidet der Zulassungsausschuss nach § 3.

(7) Mit der Zulassung und der Teilnahme an dem weiterbildenden Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ werden Gebühren erhoben. Das Nähere regelt die Gebührenordnung des weiterbildenden Master-Studiengangs „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ (Anlage 4).

§ 5 Regelstudienzeit, Studienaufbau und Umfang des Lehrangebots

(1) Die Studienzeit, in der das Studium in der Regel abgeschlossen werden kann (Regelstudienzeit), beträgt 4 Semester mit insgesamt einer studentischen Arbeitsbelastung entsprechend 90 Leistungspunkten (ECTS). Gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 5 HochSchG entspricht ein Leistungspunkt (ECTS) einer studentischen Arbeitsbelastung von 30 Stunden. Innerhalb der Regelstudienzeit kann die Masterprüfung abgelegt werden.

(2) Das Lehrangebot erstreckt sich über die in Abs. 1 genannte Semesterzahl. Das Lehrangebot ist vollständig modularisiert und umfasst Pflichtveranstaltungen im Umfang von insgesamt 90 SWS.

(3) Die Prüfungsleistungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen auf Antrag abgelegt werden.

(4) Die Anzahl, die Vergabe von Leistungspunkten (ECTS) und die Module gemäß § 25 Abs. 2 HochSchG befinden sich in Anlage 1 dieser Ordnung.

§ 6 Prüfungsausschuss, Prüfungsamt

(1) Der Fachbereich bildet einen Prüfungsausschuss.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

1. vier Professorinnen oder Professoren, zu denen auch Honorarprofessorinnen bzw. -professoren gehören können,
2. ein studentisches Mitglied und
3. je ein Mitglied aus den Gruppen gemäß § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG (sofern im Fachbereich beschäftigt).

(3) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und für Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten zuständig. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses berichtet regelmäßig

dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten sowie über die Verteilung der Noten der Prüfungsleistungen und der Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat bestimmt, aus deren Mitte werden das vorsitzende Mitglied und dessen Stellvertretung vom Prüfungsausschuss gewählt. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Sofern ein Mitglied vorzeitig ausscheidet, wird nachträglich ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtszeit bestimmt.

(5) Der Prüfungsausschuss kann einzelne Aufgaben dem vorsitzenden Mitglied übertragen. Ablehnende Entscheidungen kann das vorsitzende Mitglied nur treffen, soweit eine entsprechende Entscheidungspraxis in vergleichbaren Angelegenheiten besteht.

(6) Vorsitz und Stellvertretung werden von einer Professorin oder einem Professor wahrgenommen. Mitglieder des Prüfungsausschusses, die die Voraussetzungen des § 25 Abs. 5 HochSchG nicht erfüllen, haben bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen kein Stimmrecht. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei den Prüfungen zugegen zu sein, soweit sie sich nicht im gleichen Zeitraum zu derselben Prüfung angemeldet haben.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Die Entscheidungen des Prüfungsausschusses werden in nicht öffentlichen Präsenzsitzungen oder im Umlaufverfahren getroffen. An Präsenzsitzungen können auf Einladung des vorsitzenden Mitglieds Gäste teilnehmen, die gleichermaßen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Das vorsitzende Mitglied lädt zu Präsenzsitzungen mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnungspunkte ein; in die Frist wird der Tag der Sitzung nicht eingerechnet. Die Umlaufbeschlüsse werden auf Veranlassung des vorsitzenden Mitglieds getroffen.

(9) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der gesetzlichen Mitglieder anwesend ist oder sich an einem Umlaufbeschluss beteiligt. Wird dieses Quorum im ersten Termin bzw. im ersten Umlaufbeschluss nicht

erreicht, kann mit derselben Tagesordnung erneut vom vorsitzenden Mitglied geladen oder ein Umlaufbeschluss veranlasst werden. In diesem Fall ist der Prüfungsausschuss stets beschlussfähig.

(10) Das Prüfungsamt ist in Zusammenarbeit mit dem Prüfungsausschuss für die Organisation und Koordination des Prüfungswesens einschließlich der Erteilung des Abschlusszeugnisses, der Abschlussurkunde sowie des Diploma Supplements zuständig. Verwaltungshandeln des Prüfungsausschusses wird in der Regel durch das Prüfungsamt ausgeführt. Bekanntmachungen erfolgen in der Regel durch das Prüfungsamt. Das Prüfungsamt nimmt die Anmeldungen zu den Prüfungsleistungen entgegen und stellt fest, ob die Voraussetzungen für die Zulassungen zu Prüfungen erfüllt sind. Das Prüfungsamt ist Widerspruchsbehörde in Prüfungsangelegenheiten.

§ 7 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Abschlussarbeit

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt Prüfende und Beisitzende. Er regelt das Verfahren zur Bestellung durch Beschluss. Er kann die Bestellung auf das vorsitzende Mitglied übertragen.

(2) Prüfende sind die in § 25 Abs. 4 Satz 1 HochSchG genannten Personen sowie Professorinnen und Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren. Darüber hinaus können wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Assistentinnen und Assistenten mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 6 Satz 4 HochSchG, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte, in der beruflichen Praxis erfahrene Personen sowie Lehrende ausländischer Hochschulen, die eine dem Personenkreis gemäß § 25 Abs. 4 Satz 1 und 2 HochSchG gleichwertige Qualifikation besitzen, prüfen. Der Prüfungsausschuss kann bei Vorliegen zwingender Gründe über Ausnahmen unter Beachtung von § 25 Abs. 4 und 5 HochSchG entscheiden.

(3) Zum Beisitz kann nur bestellt werden, wer in dem zu prüfenden Fach die Voraussetzung gemäß § 25 Abs. 5 HochSchG besitzt.

(4) Zweitprüfer der Abschlussarbeit sind Personen gemäß Abs. 2. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(5) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden und Beisitzenden sowie die Meldefristen zu den Prüfungen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

(6) Die Studierenden können für die Abschlussarbeit die Prüfenden vorschlagen. Dieser Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.

(7) Für Prüfende und Beisitzende gilt § 6 Abs. 7 entsprechend.

§ 8 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) An Prüfungen kann nur teilnehmen, wer zum Zeitpunkt der Prüfung an der Hochschule Trier im Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ eingeschrieben ist.

(2) Der Prüfungsausschuss oder die von ihm damit betraute Stelle legt die Prüfungstermine fest und bestimmt die Fristen für die Meldung, für den Rücktritt von der Meldung und ggf. für den Antrag auf Zulassung. Ferner legt der Prüfungsausschuss fest, welche Unterlagen mit dem Antrag auf Zulassung vorzulegen sind. Ist es nicht möglich, die Unterlagen in der vorgeschriebenen Weise zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Weise zu führen.

(3) Die Studierenden müssen sich zu allen Prüfungen sowie allen Wiederholungsprüfungen innerhalb der während des jeweiligen Semesters geltenden Anmeldefristen (Ausschlussfristen) im hochschuleigenen elektronischen Prüfungsverwaltungssystem anmelden bzw. abmelden. Die Anmelde- bzw. Rücktrittsfrist endet für jede Prüfung drei Werkzeuge vor dem jeweiligen Prüfungstermin um 24:00 Uhr. Bei der Berechnung der Frist gilt der Samstag nicht als Werktag. Erfolgt die Anmeldung nicht fristgerecht, ist eine Teilnahme an der Prüfung nicht zulässig. Erfolgt ein Rücktritt nicht fristgerecht, wird die Prüfung mit „nicht bestanden“ bewertet, wenn die Studierenden an dieser Prüfung ohne triftige Gründe nicht teilnehmen. § 17 Abs. 1 gilt entsprechend. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Bei der jeweiligen Meldung bzw. dem jeweiligen Antrag beim zentralen Prüfungsamt des jeweiligen Hochschulstandortes erklären die Studierenden, ob sie seit der Einschreibung an der Hochschule Trier in einem Studiengang innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine Prüfung endgültig nicht bestanden haben.

(5) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Studierenden in dem gewählten Studiengang oder insgesamt in zwei Studiengängen an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland den Prüfungsanspruch verloren haben oder wenn Studierende

wegen der Anrechnung von Fehlversuchen gemäß § 18 Abs. 1 keine Möglichkeit mehr zur Erbringung von Prüfungsleistungen haben, die für das Bestehen der Masterprüfung erforderlich sind.

§ 9 Module, Vergabe von Leistungspunkten (ECTS), Arten der Prüfungsleistungen, Fristen

(1) Module werden in der Regel mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen. Eine Prüfungsleistung besteht in der Regel aus einer benoteten studienbegleitenden Prüfung. Leistungspunkte (ECTS) werden auf der Grundlage des erfolgreichen Abschlusses eines Moduls vergeben.

(2) Prüfungsleistungen werden in

1. mündlichen Prüfungen gemäß § 11 und § 15,
2. schriftlichen Prüfungen gemäß § 12,
3. Projektarbeiten gemäß § 13,
4. der Abschlussarbeit gemäß § 14 einschließlich eines Kolloquiums gemäß § 15 abgelegt.

(3) Die Form der Prüfungsleistung (z.B. Klausur, Kolloquium, Projektpräsentation, Seminar- und Hausarbeit, Praktikumsleistung, Referat, oder mündliche Prüfung oder eine Kombination davon) wird durch die jeweilig Prüfenden zu Beginn des Semesters bekannt gegeben.

(4) Prüfungsleistungen gemäß §§ 12 und 13 werden von den in § 7 Abs. 2 genannten Personen in der Regel innerhalb von 6 Wochen bewertet. Die Abschlussarbeit gemäß § 14 ist in der Regel innerhalb von 6 Wochen zu bewerten. Die Bewertung wird in geeigneter Weise bekanntgegeben. Die Bekanntgabe kann auch in elektronischer Form innerhalb des hochschuleigen Prüfungsverwaltungssystems erfolgen.

(5) Machen Studierende glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder Krankheit, ständiger Behinderung, erheblicher familiärer Verpflichtungen oder aus anderen, von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht in der Lage sind, Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, gestattet der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attests oder eines vergleichbaren Nachweises verlangt werden. Der Prüfungsausschuss kann ein amtsärztliches Attest verlangen.

(6) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass den Studierenden die Prüfungstermine spätestens 4 Wochen vor Ende der Vorlesungszeit und

mindestens 4 Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin bekannt gegeben werden.

§ 10 Studienleistungen

(1) Der erfolgreiche Abschluss von Studienleistungen kann - nach den Regeln zur Prüfungsbelastung der Kultusministerkonferenz - Zulassungsvoraussetzung für die Erbringung von Prüfungsleistungen sein oder für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls vorausgesetzt werden.

(2) Eine Studienleistung ist eine von einer/einem Prüfenden bewertete individuelle Leistung. Sie kann beispielsweise in Form von Referaten, Hausarbeiten, Einsendeaufgaben, Protokollen, Testaten oder Klausurarbeiten erbracht werden. Teilnahmebescheinigungen sind keine Studienleistungen.

(3) Studienleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Anlage 2 weist die Module mit der jeweiligen Bezeichnung und der Anzahl der zu erbringenden Studienleistungen auf.

(4) Ihre Form und der Zeitpunkt ihrer Erbringung werden durch die/den jeweilig Lehrende bzw. Lehrenden zu Beginn der Veranstaltung oder des Moduls bekannt gegeben.

(5) Eine Bewertung von Studienleistungen erfolgt in der Regel innerhalb von 4 Wochen.

§ 11 Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in der Lage sind, die Besonderheiten, Grenzen, Terminologien und Lehrmeinungen ihres Fachgebietes zu definieren und zu interpretieren und ihre Fähigkeiten zu Problemlösungen auch in neuen und unvertrauten Situationen anwenden zu können. Durch mündliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden über ein vertieftes Fachwissen verfügen.

(2) Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüfenden oder von einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines bzw. mehrerer sachkundiger Beisitzenden gemäß § 7 Abs. 3 abgenommen. Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen dürfen nicht mehr als 4 Studierende teilnehmen.

(3) Sofern in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, dauern mündliche Prüfungen in der Regel 30 Minuten. Gruppenprüfungen dauern mindestens 15 Minuten je Studierender bzw. Studierendem.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einer Niederschrift für die einzelnen Studierenden festzuhalten. Die Anfertigung der Niederschrift in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Die Prüfenden hören vor der Festsetzung der Note gemäß § 16 Abs. 1 die Beisitzenden. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(5) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die zu Prüfenden haben spätestens bis zum Beginn der Prüfung widersprochen.

(6) Auf Antrag von Studierenden kann die Gleichstellungsbeauftragte des Senats oder die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs sowie die/der Beauftragte des Senats für die Belange Studierender mit Behinderungen an mündlichen Prüfungen teilnehmen.

§ 12 Schriftliche Prüfungen

(1) In schriftlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit weitgehend selbstgesteuerte, eigenständige forschungs- oder anwendungsorientierte Projekte durchführen können, dass sie über ein breites, detailliertes und kritisches Verständnis auf dem neuesten Stand des Wissens in einem oder mehreren Spezialbereichen verfügen und ihr Wissen und Verstehen die Grundlage für die Entwicklung und/oder Anwendung eigenständiger Ideen bildet.

(2) Klausuren dauern 45 bis 300 Minuten.

(3) Hausarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Die Arbeitsbelastung beträgt nicht mehr als zwei Drittel der ausgewiesenen studentischen Arbeitsbelastung des jeweiligen Moduls. Bei Gruppenarbeiten muss der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

(4) Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind in der Regel ausgeschlossen. Soweit sie vom Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag des/der Lehrenden ausnahmsweise zugelassen wurden richten sie sich nach der Ordnung zur Durchführung von Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren der Hochschule Trier in der jeweils geltenden Fassung.

§ 13 Projektarbeiten

(1) In Projektarbeiten sollen die Studierenden nachweisen, dass sie ihr Wissen und Verstehen

sowie ihre Fähigkeit zur Problemlösung auch in neuen und unvertrauten Situationen, die in einem breiten oder multidisziplinären Zusammenhang mit ihrem Studienfach stehen, anwenden können. Sie sollen Wissen integrieren und mit Komplexität umgehen können. Projektarbeiten umfassen eine schriftliche Ausarbeitung.

(2) Der Bearbeitungszeitraum einschl. der schriftlichen Ausarbeitung beträgt maximal 18 Wochen.

(3) Projektarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Bei Gruppenarbeiten muss der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

§ 14 Abschlussarbeit

(1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist weitgehend selbstgesteuert ein fachliches Vorhaben eigenständig forschungs- oder wissenschaftlich anwendungsorientiert durchführen zu können.

(2) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass die Studierenden ein Thema für die Abschlussarbeit von einer vom Prüfungsausschuss zu benennenden betreuenden Person erhalten. Dabei ist den Studierenden Gelegenheit zu geben, Vorschläge zu machen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Abschlussarbeit müssen so gestellt sein, dass die Bearbeitungszeit entsprechend 22 Leistungspunkten (ECTS) eingehalten werden kann. Prüfende der Abschlussarbeit geben das Thema der Abschlussarbeit über das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses aus. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(3) Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Monate. Sie beginnt mit der Ausgabe des Themas. Eine Verlängerung von bis zu 3 Monaten kann durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses im Einzelfall gewährt werden. In Fällen der Verlängerung ist der Grund von der/dem die Abschlussarbeit bearbeitenden Studierenden glaubhaft zu machen und eine Stellungnahme der/des Erstprüfers einzuholen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels des Bearbeitungszeitraums zurückgegeben werden. Der Zeitpunkt der Rückgabe ist aktenkundig zu machen. Die Bearbeitung eines neuen Themas ist innerhalb von drei Monaten nach der Rückgabe des ersten Themas anzumelden.

(4) Die Abschlussarbeit kann auch als Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die

Anforderungen nach § 22 Abs. 1 erfüllt. Über die Zulassung entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses auf Antrag der Studierenden nach Anhörung der bzw. des Erstprüfenden.

(5) Die Abschlussarbeit ist fristgemäß beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss zu bestimmenden Stelle abzuliefern. Form und Anzahl der abzugebenden Exemplare legt der Prüfungsausschuss fest. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Ist die Abschlussarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als nicht bestanden. Bei Nichtbestehen erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid, der sie gleichzeitig darüber informiert, ob und bis wann eine weitere Wiederholung der Abschlussarbeit möglich ist.

(6) Die Abschlussarbeit ist von mindestens zwei Personen, die gemäß § 7 Abs. 2 als Prüfende zugelassen sind, zu bewerten, wobei eine dieser Personen der Gruppe der Professoren (§ 37 Abs. 2 Nr.1 HochSchG) des Fachbereichs Umweltwirtschaft/ Umweltrecht der Hochschule Trier angehören muss. Eine der beiden Personen soll die Arbeit betreut haben.

§ 15 Kolloquium über die Abschlussarbeit

Die Studierenden präsentieren ihre mit mindestens „ausreichend“, 4 Punkte, bewertete Abschlussarbeit in einem Kolloquium von in der Regel 30 Minuten Dauer. Dabei wird der Inhalt der Abschlussarbeit im Kontext des jeweiligen Studiengangs hinterfragt. Die Präsentation findet vor einer Prüfungskommission statt. Dieser gehören an:

1. die oder der Prüfende der Abschlussarbeit gemäß § 14 Abs. 6 und mindestens eine weitere prüfende Person gem. § 7 Abs. 2, oder
2. die oder der Prüfende der Abschlussarbeit und ein weiteres, vom Prüfungsausschuss zu bestimmendes, sachkundiges beisitzendes Mitglied.

§ 11 Abs. 4 bis 6 gelten entsprechend.

§ 16 Bewertung der Prüfungsleistungen / Ermittlung von Modulergebnissen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

sehr gut = eine besonders hervorragende Leistung, (16, 17, 18 Punkte),
 gut = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung, (13, 14, 15 Punkte),
 vollbefriedigend = eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung, (10, 11, 12 Punkte),
 befriedigend = eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht, (7, 8, 9 Punkte),
 ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht, (4, 5, 6 Punkte),
 mangelhaft = eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung, (1, 2, 3 Punkte),
 ungenügend = eine völlig unbrauchbare Leistung (0 Punkte).

(2) Bei der Bewertung durch mehrere Prüfende und nicht übereinstimmender Bewertung der Prüfungsleistungen entscheidet der Prüfungsausschuss in der Regel innerhalb von 6 Wochen im Rahmen der abgegebenen Noten, wenn die Differenz der abgegebenen Noten größer als eine Notenstufe (3 Punkte nach Abs. 1) ist. Andernfalls wird die Note aus dem Mittelwert der abgegebenen Noten gebildet. Dabei werden nur die ersten beiden Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Der Prüfungsausschuss kann die Entscheidung gemäß Satz 1 dem vorsitzenden Mitglied übertragen.

(3) Modulergebnis ist die Note der zugehörigen Prüfungsleistung. Sind einem Modul mehrere Prüfungsleistungen zugeordnet, muss jede Prüfungsleistung mit mindestens ausreichend (4,0) bewertet sein. Das Ergebnis des Moduls ist dann der mit den Leistungspunkten (ECTS) gewichtete Mittelwert der Noten der jeweiligen Prüfungsleistungen. Vom gebildeten Mittelwert werden nur die ersten beiden Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(4) Die Prüfungsgesamtnote lautet auf
 sehr gut bei einer Punktzahl von 14,00 bis 18,00,
 gut bei einer Punktzahl von 11,50 bis 13,99,
 vollbefriedigend bei einer Punktzahl von 9,00 bis 11,49,
 befriedigend bei einer Punktzahl von 6,50 bis 8,99,
 ausreichend bei einer Punktzahl von 4,00 bis 6,49,
 mangelhaft bei einer Punktzahl von 1,50 bis 3,99,
 ungenügend bei einer Punktzahl von 0,00 bis 1,49.

(5) Für die Umrechnung der Noten in die ECTS-Bewertungsskala und umgekehrt gelten die Regeln der Kultusministerkonferenz in der jeweilig gültigen Fassung.

(6) Wurde ein Modulergebnis mit mindestens „ausreichend“ gemäß Abs. 1 bewertet, werden die entsprechenden Leistungspunkte (ECTS) gemäß Anlage 1 vergeben.

(7) Studierende können gegen die Bewertung von Prüfungsleistungen innerhalb von 4 Wochen nach Einsichtnahme in die bewertete Prüfungsleistung unter Angabe von Gründen schriftlich remonstrieren. Das Nähere regelt der Prüfungsausschuss durch Beschluss.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" bzw. „nicht bestanden“ bewertet, wenn Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheinen oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktreten. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins oder für den Rücktritt nach Beginn einer Prüfung geltend gemachten Gründe müssen dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss benannten Stelle unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit ist das Attest unverzüglich spätestens bis zum dritten Werktag nach dem Prüfungstermin bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses oder bei der vom Prüfungsausschuss zu bestimmenden Stelle vorzulegen. Das Attest muss die Prüfungsunfähigkeit erkennen lassen. Die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes kann verlangt werden. Der Krankheit von Studierenden steht die Krankheit eines zu versorgenden Kindes gleich. Andere von Studierenden nicht zu vertretende Gründe, wie z.B. erhebliche familiäre Verpflichtungen, können vom Prüfungsausschuss auf Antrag einer Krankheit gleichgestellt werden. Werden die Gründe anerkannt, ist der nächste Prüfungstermin wahrzunehmen. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versuchen Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "ungenügend (0 Punkte)" bzw. „nicht bestanden“ bewertet. Studierende, die den ord-

nungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "ungenügend (0 Punkte)" bewertet. Prüfungsleistungen, die im ersten Prüfungsversuch wegen Täuschung oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens für nicht bestanden erklärt wurden, können nur einmal wiederholt werden. Prüfungsleistungen, die im zweiten Prüfungsversuch wegen Täuschung oder eines sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens für nicht bestanden erklärt wurden, führen zu einem Verlust des Prüfungsanspruches im Studiengang, für den diese Prüfungsordnung gilt. In schwerwiegenden Fällen grober Täuschung kann jede Wiederholung des Prüfungsversuches ausgeschlossen werden.

(4) Als Täuschungsversuch i.S.v. Abs. 3 gilt auch der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während der Prüfung. Nicht zugelassene Hilfsmittel in diesem Sinne sind bspw. auch Mobiltelefone oder andere elektronische Kommunikationsmittel. Dem Besitz im Prüfungsraum ist die Deposition im räumlichen Umfeld des Prüfungsraums, z. B. in den Toilettenräumen, Fluren oder Treppenhäusern gleichgestellt. Es gelten die allgemeinen Grundsätze des Anscheinsbeweises.

(5) Entscheidungen nach Abs. 3 trifft der Prüfungsausschuss und sind vom diesem oder von der von ihm zu bestimmenden Stelle den Studierenden schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) Die Abschlussarbeit gilt als nicht bestanden, wenn sie ganz oder in wesentlichen Teilen nicht durch den Studierenden selbst verfasst wurde (Plagiat). Eine Wiederholung nach § 19 Abs. 4 kann dann ausgeschlossen werden. Zur Beurteilung, ob ein Plagiat vorliegt, ist eine weitere prüfungsberechtigte Person gemäß § 7 Abs. 2 hinzuzuziehen. Die oder der Betroffene ist vor der Entscheidung zu hören. Über den Ausschluss der Wiederholung nach § 19 Abs. 4 entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 18 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle geforderten Module nach Anlage 1 mit mindestens "ausreichend" bewertet wurden. Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeiten der Prüfungsleistungen (§ 19 Abs. 1 und 2) erfolglos ausgeschöpft wurden.

(2) Bei Verlust des Prüfungsanspruchs erhalten die Studierenden einen schriftlichen Bescheid, der gleichzeitig Auskunft über den Studiengang gibt, in dem der Verlust des Anspruchs auf Prüfungen stattgefunden hat.

(3) Haben Studierende eine Prüfungsleistung endgültig nicht erbracht, wird ihnen auf Antrag eine zusammenfassende Bescheinigung über die erbrachten Prüfungsleistungen ausgestellt. Die Ausstellung dieser Bescheinigung in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 19 Wiederholung von Prüfungsleistungen und Abschlussarbeit

(1) Prüfungsleistungen außer der Abschlussarbeit und dem Kolloquium, die nicht mindestens gemäß § 16 Abs. 1 mit "ausreichend" bewertet worden sind, können zweimal wiederholt werden. § 17 Abs. 3 bleibt unberührt. Nicht bestandene Prüfungen in dem gewählten Studiengang an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen.

(2) Die Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils übernächsten Semesters abzulegen. Für Studierende einer ausländischen Partnerhochschule kann die Wiederholungsprüfung im gleichen Semester erfolgen, wenn diese Studierenden zum Zeitpunkt der Wiederholungsprüfung nicht mehr eingeschrieben sein werden. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Die Wiederholung einer im ersten Prüfungsversuch bestandenen Prüfungsleistung ist zur Notenverbesserung einmal zum jeweils nächsten Prüfungstermin zulässig. Wird eine Notenverbesserung nicht erreicht, bleibt die im ersten Prüfungsversuch erzielte Note gültig. Für die Abschlussarbeit sowie für das Kolloquium über die Abschlussarbeit ist eine Wiederholung zur Notenverbesserung nicht zulässig.

(4) Die Abschlussarbeit und das Kolloquium können nur einmal wiederholt werden. Eine nicht bestandene Abschlussarbeit muss innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Bescheids über das Nichtbestehen mit einem neuen Thema angemeldet werden. § 17 Abs. 6 bleibt unberührt.

(5) Bei einer nicht bestandenen Prüfungsleistung in einem Wahlpflichtmodul erfolgt die Wiederholungsprüfung im identischen Modul. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 20 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen und Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen

(1) Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Anrechnung von außerhochschulischen Kompetenzen erfolgt gemäß § 25 Abs. 3 HochSchG.

(2) Studien- und Prüfungsleistungen, die in einem Studiengang an einer in- oder ausländischen Hochschule oder an der Hochschule Trier erbracht worden sind, werden anerkannt, sofern sich die dabei erlangten Lernergebnisse in Inhalt, Qualifikationsniveau und Profil von denjenigen eines Studienganges, für den die Anerkennung beantragt wird, nicht wesentlich unterscheiden. Dabei ist eine Gesamtbetrachtung im Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für die Erreichung der Ziele des Studiums und den Zweck der Prüfungen nach § 1 vorzunehmen. In diesem Sinne liegt ein wesentlicher Unterschied vor, wenn der Antragsteller voraussichtlich beeinträchtigt wird, das Studium erfolgreich zu absolvieren. Die Bereitstellung hinreichender Informationen zur Anerkennung obliegt der antragstellenden Person. Die Beweislast für die Geltendmachung wesentlicher Unterschiede liegt bei der Hochschule.

(3) Auf Antrag kann die Hochschule außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anrechnen, wenn diese Kenntnisse und Fähigkeiten den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Qualifikationen werden maximal bis zur Hälfte des Hochschulstudiums anerkannt. Die Überprüfung, ob die von der antragstellenden Person erbrachten außerhochschulischen Leistungen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, gleichwertig sind, wird im Einzelfall anhand der von der antragstellenden Person vorgelegten Unterlagen, wie z.B. Arbeitsproben, Zeugnisse, Fächerbeschreibungen, Lehrpläne und ähnlichem, vorgenommen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt der antragstellenden Person.

(4) Sofern Studienzeiten, Leistungspunkte (ECTS) oder Prüfungsleistungen anerkannt werden, werden Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen sowie bei angerechneten Leistungen nach Absatz 3 wird der Vermerk „bestanden“ in das Zeugnis aufgenommen. Diese Leistungen bleiben bei der Berechnung der Gesamtnote außer Betracht. Alternativ kann bei unvergleichbaren Notensysteme-

men die modifizierte bayerische Formel zur Notenumrechnung angewendet werden. Diese Leistungen werden dann bei der Berechnung der Gesamtnote berücksichtigt. Im Abschlusszeugnis und im Diploma Supplement wird vermerkt, welche der aufgeführten Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt oder welche außerhochschulischen Qualifikationen angerechnet wurden.

(5) Die Verfahren zur Anerkennung nach Absatz 2 und Absatz 3 legt der Prüfungsausschuss fest.

(6) Anträge auf Anerkennung nach Absatz 2 oder Anrechnungen nach Absatz 3 werden in der Regel innerhalb von drei Monaten bearbeitet.

(7) Die erstmalige rechtsverbindliche Anmeldung zur Erbringung einer Prüfungsleistung schließt den späteren Antrag auf Anerkennung derselben Prüfungsleistung aus. Dies gilt auch im Falle eines rechtswirksamen späteren Prüfungsrücktritts.

§ 21 Bestandteile der Masterprüfung

Die Masterprüfung besteht aus

1. der Abschlussarbeit aus einem Gebiet des Insolvenzrechts bzw. des Reorganisationsverfahrens,
2. den studienbegleitenden Prüfungsleistungen der Module, die in Anlage 1 dieser Prüfungsordnung aufgeführt sind,
3. dem Kolloquium über die Abschlussarbeit.

§ 22 Zulassungsvoraussetzungen für die Abschlussarbeit

Die Studierenden können sich frühestens nach Bekanntgabe der Erreichung von 60 Leistungspunkten (ECTS) zur Abschlussarbeit anmelden. Die Studierenden müssen sich spätestens drei Monate nach der Bekanntgabe der letzten bestandenen Prüfungsleistung zur Master-Thesis anmelden. Bei der Ermittlung der für die frühestens mögliche Anmeldung erforderlichen ECTS-Punkte werden die ECTS-Punkte der gemäß § 4 gegebenenfalls zusätzlich zu erbringenden Leistungen laut individuellem Belegungskatalog nicht dazugezählt, sondern sind darüber hinaus bis zur Anmeldung der Masterabschlussarbeit nachzuweisen (§ 4 Absatz 3). Die Bekanntgabe erfolgt über das hochschuleigene elektronische Prüfungsverwaltungssystem. Erfolgt die Anmeldung zur Abschlussarbeit nicht fristgemäß, gilt sie als erstmalig nicht bestanden.

§ 23 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis, Diploma Supplement

(1) Aus dem Mittelwert der nach Anzahl der ECTS-Punkte gewichteten Noten der Prüfungsleistungen sowie der Note der Master-Thesis wird die Gesamtnote gebildet. Die gemittelte Note der Prüfungsleistungen wird dabei zweifach gewichtet. Die Note für die Master-Thesis setzt sich aus der Bewertung der schriftlichen Arbeit und dem Kolloquium zusammen, wobei die schriftliche Arbeit dreifach gewertet wird. § 16 Absatz 2 und 3 gelten entsprechend. Bei überragenden Leistungen (Gesamtnote „sehr gut, 14 Punkte“ und besser, § 16 Absatz 4 wird das Gesamturteil „Mit Auszeichnung bestanden“ erteilt. Bei der Bildung der Gesamtnote werden nur die beiden ersten Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(2) Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält

1. Name des weiterbildenden Masterstudiengangs,
2. Thema und Note der Masterabschlussarbeit sowie die Note des Kolloquiums über die Masterabschlussarbeit,
3. Bezeichnung und Ergebnis der Module gemäß § 21 Nr. 2,
4. eine Auflistung der gemäß § 4 Absatz 3 zusätzlich erbrachten Leistungen,
5. Gesamtnote gemäß Absatz 1.

(3) Auf Antrag der Studierenden wird

1. die bis zum Abschluss der Masterprüfung benötigte Fachstudiendauer und
2. eine Auflistung der außerhalb der Anlage 1 bestandenen zusätzlichen Studien- und Prüfungsleistungen und Aufenthalte an anderen Hochschulen in einen Anhang zum Zeugnis aufgenommen.

(4) Das Zeugnis ist von dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die/der Studierende die letzte Leistung erbracht hat.

(5) Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma-Supplement Modell“ von Europäischer Union/Europarat/ UNESCO in deutscher und englischer Sprache aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden.

(6) Auf Antrag der Studierenden soll die Hochschule zusätzlich zur Ausstellung des Diploma Supplements Übersetzungen der Urkunde, des Zeugnisses und ggf. des Anhangs zum Zeugnis in englischer Sprache aushändigen.

(7) Die Ausstellung des Diploma Supplements und des Zeugnisses einschließlich des Anhangs zum Zeugnis in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 24 Urkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird die Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Master of Laws, LL.M.“ beurkundet.

(2) Die Masterurkunde wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Hochschule und dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(3) § 23 Absatz 6 und 7 gelten entsprechend.

§ 25 Ungültigkeit der Masterprüfung

(1) Haben Studierende bei einer Prüfung getäuscht, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Satz 1 gilt auch, wenn die Täuschungstatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt wird.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Den Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Wird aufgrund einer Entscheidung nach Absatz 1 oder 2 die Note einer Prüfung abgeändert oder eine Prüfung als "nicht bestanden" erklärt, ist das unrichtige Prüfungszeugnis einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Entsprechendes gilt für die Masterurkunde.

(5) Prüfungsunterlagen werden, soweit dem Prüfungsergebnis nicht widersprochen wird, zwei Jahre nach dem Abschluss der Masterprüfung aufbewahrt. Soweit dem Prüfungsergebnis widersprochen wurde, müssen Prüfungsunterlagen über den in Satz 1 genannten Zeitraum hinaus aufbewahrt werden, bis das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten

Studierende können sich vor Abschluss ihrer Prüfung über Teilergebnisse unterrichten. Innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Ergebnisses der jeweiligen Prüfung wird den Studierenden Einsicht in ihre Prüfungsakten gewährt.

§ 27 Inkrafttreten

Die Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsorgan der Hochschule Trier „publicus“ in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden mit einem Studienbeginn ab dem Wintersemester 2018/19.

§ 28 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung und Übergangsvorschriften

Außerkraftsetzung der bisherigen Prüfungsordnung sowie Übergangsbestimmungen sind gesondert in der Aufhebungsordnung festgelegt.

Birkenfeld, den 17.10.2017

gez.: Prof. Dr. Klaus Helling
Der Dekan des Fachbereiches Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier

Anlage 1: Master-Studiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren

	1		2		3		4		Summ	
	SWS	LP(ECTS)	SWS	LP(ECTS)	SWS	LP(ECTS)	SWS	LP(ECTS)	SWS	LP(ECTS)
Modul 1: Insolvenzverfahrensrecht										
1.1 Das Insolvenzantragsverfahren										
1.2 Der typische Ablauf des Insolvenzverfahren										
1.3 Besondere Verfahren des Insolvenzrechts										
1.4 Internationales Insolvenzrecht										
Summe		10								10
Modul 2: Betriebswirtschaft										
2.1 Unternehmenskrise und Krisenerkennung										
2.2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen										
2.3 Betriebswirtschaftliche Restrukturierung										
2.4 Planrechnung und Verantwortung im Verfahren										
Summe		10								10
Modul 3: Insolvenzrecht I										
3.1 Vertragsverhältnisse in der Insolvenz										
3.2 Anfechtung und Aufrechnung in der Insolvenz										
3.3 Insolvenzarbeitsrecht										
3.4 Sozialrecht in der Insolvenz										
Summe			10							10
Modul 4: Insolvenzrecht II										
4.1 Gesellschaftsrecht in Krise und Insolvenz										
4.2 Strafrecht in Krise und Insolvenz										
4.3 Umweltrecht in der Insolvenz										
4.4 Insolvenzrecht in der Kautelarpraxis										
Summe			10							10
Modul 5: Steuern und Finanzwirtschaft										
5.1 Betriebliche Steuern										
5.2 Steuern und Steuerrecht in der Insolvenz										
5.3 Kreditsicherheiten										
5.4 Kreditsicherheiten in der Insolvenz										
5.5 Bankrecht im Insolvenzverfahren										
Summe					10					10
Modul 6: Restrukturierung und Sanierung										
6.1 Personelle Restrukturierung in Krise und Insolvenz										
6.2 Unternehmensverkauf in Krise und Insolvenz										
6.3 Umstrukturierung internationaler Vertäge										
6.4 Sanierung in der Insolvenz										
Summe					10					10
Modul 7: Master-Thesis								22		22
Modul 8: Kolloquium								8		8
Summe ges.		20		20		20		30		90

Anlage 2: Module mit Studienleistungen gemäß § 10 als Voraussetzung zur Erbringung einer Prüfungsleistung im Master-Studiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren

Sem.:	1	2	3	4	Σ
	Studienleistung				
Modul 1: Insolvenzverfahrensrecht	1				
Modul 2: Betriebswirtschaft	1				
Modul 3: Insolvenzrecht I		1			
Modul 4: Insolvenzrecht II		1			
Modul 5: Steuern und Finanzwirtschaft			1		
Modul 6: Restrukturierung und Sanierung			1		
Modul 7: Master-Thesis					
Modul 8: Kolloquium					
Σ	2	2	2		6

* Studienleistung ist Voraussetzung für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung

Anlage 3:

**Ordnung zur Feststellung
der studiengangbezogenen Eignung für
den weiterbildenden Master-Studiengang
„Insolvenzrecht und Reorganisationsver-
fahren (LL.M.)“ des Fachbereichs
Umweltwirtschaft / Umweltrecht
der Hochschule Trier,
Standort Umwelt-Campus Birkenfeld**

§ 1 Zweck der Feststellung

(1) Die Einschreibung für den weiterbildenden Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht setzt den Nachweis einer studiengangbezogenen Eignung nach Maßgabe der Ordnung für die Prüfung im Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ im Fachbereich Umweltwirtschaft/Umweltrecht an der Hochschule Trier vom 17.10.2017 (publicus Nr. 2017-08) voraus.

(2) Die Eignungsprüfung dient der Feststellung, ob die berufliche Qualifikation des Bewerbers / der Bewerberin mit der eines abgeschlossenen grundständigen Studiums gleichwertig ist.

§ 2 Feststellungsverfahren

(1) Die Feststellung der studiengangbezogenen Eignung erfolgt im Zuge des Zulassungsverfahrens durch den Zulassungsausschuss des weiterbildenden Master-Studiengangs „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“; die Eignungsprüfung kann auf einzelne professorale Mitglieder des Ausschusses übertragen werden. Die Bewerbung muss folgende Unterlagen beinhalten:

1. ein formloser Antrag mit Angabe der Vorbildung,
2. die allgemeinen Bewerbungsunterlagen gemäß § 4 Absatz 2 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“.

(2) Zur Durchführung des Feststellungsverfahrens werden die Unterlagen der Bewerberin / des Bewerbers durch den Zulassungsausschuss geprüft. Sofern die Prüfung der Unterlagen durch den Zulassungsausschuss positiv beschieden wurde, erhält die Bewerberin / der Bewerber eine schriftliche Mitteilung mit einer Einladung zu einer mündlichen Eignungsprüfung. Die Mitteilung kann auch in elektronischer Form erfolgen.

§ 3 Mündliche Eignungsprüfung

(1) Zur Eignungsprüfung werden Bewerberinnen oder Bewerber zugelassen, die die in der

Prüfungsordnung festgelegten Zulassungsvoraussetzungen nach § 4 Absatz 2 Nr. 1 bis 3 erfüllen.

(2) Bei der Eignungsprüfung handelt es sich um eine mündliche Prüfung in den Prüfungsgebieten „Grundzüge des materiellen Insolvenzrechts“ und „Insolvenzverfahrensrecht“. Die mündliche Eignungsprüfung wird von mindestens einem professoralen Mitglied des Prüfungsausschusses und einer beisitzenden Person durchgeführt, die vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses bestimmt werden.

(3) Die Bewerber referieren außerdem zehn Minuten über ein in der Einladung zur mündlichen Eignungsprüfung auszugebendes Thema. Darüber hinaus werden die Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber über den weiterbildenden Master-Studiengang sowie ihre Motivation und die persönliche Lernfähigkeit erörtert.

(4) Die Eignungsprüfung wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

(5) Über die mündliche Eignungsprüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, aus der

1. Tag und Ort des Feststellungsverfahrens,
2. die Namen der beteiligten Prüfenden,
3. der Name der Bewerberin oder des Bewerbers sowie
4. die Entscheidung und die Gründe für die Entscheidung des Bestehens bzw. des Nichtbestehens der Eignungsprüfung, ersichtlich sein müssen.

(6) Der Bewerberin oder dem Bewerber wird auf schriftlichen Antrag Einsicht in die Niederschrift gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Ergebnisses des Feststellungsverfahrens an den Studiengangbeauftragten zu stellen.

(7) Für die Eignungsprüfung gelten die Vorschriften der Prüfungsordnung des weiterbildenden Master-Studiengangs „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“, soweit sich aus den Bestimmungen dieser Ordnung nichts Abweichendes ergibt.

§ 4 Bekanntgabe der Entscheidungen

Die Entscheidung über die festgestellte Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation sowie über das Bestehen oder Nichtbestehen der Eignungsprüfung wird den Bewerbern durch schriftlichen Bescheid mitgeteilt. Dieser ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 5 Wiederholung der Eignungsprüfung

Bewerberinnen und Bewerber, deren studien-gangbezogene Eignung nicht festgestellt worden ist, können sich ein weiteres Mal zur Eignungsprüfung melden.

§ 6 Geltungsbereich

(1) Die Feststellung der studien-gangbezogenen Eignung erstreckt sich auf den Master-Studien-gang, für den sie ausgesprochen wurde. In begründeten Fällen kann das vorsitzende Mitglied des Zulassungsausschusses des Master-Studien-ganges „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren“ die Geltungsdauer verlängern.

(2) Neben der Feststellung der studien-gangbezogenen Eignung zum weiterbildenden Master-Studien-gang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren“ im Fachbereich Umweltwirtschaft/ Umweltrecht an der Hochschule Trier werden keine andersartigen Feststellungen anderer Hochschulen anerkannt.

Anlage 4:

Gebührensatzung

§ 1 Erhebung

Das Birkenfelder Institut für Ausbildung und Qualitätsmanagement im Insolvenz-wesen (BAQI) erhebt für den weiterbildenden Master-Studien-gang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ von den Studierenden Studiengebühren nach Maßgabe dieser Gebührenordnung.

§ 2 Höhe

(1) Für den weiterbildenden Master-Studien-gang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“ werden Studiengebühren i.H.v. 1.750 € pro Semester erhoben. Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester.

(2) Für die Master-Prüfung wird eine Gebühr i.H.v. 500 € erhoben.

(3) Bei wiederholter Teilnahme an einer schriftlichen Prüfung bzw. Teilnahme an Wiederholungsterminen, insbesondere nach Ablauf der Regelstudienzeit, kann von den Studierenden eine zusätzliche Prüfungsgebühr erhoben werden, die sich nach dem hierfür tatsächlich anfallenden Aufwand des BAQI bestimmt. Das Gleiche gilt für die Erbringung zusätzlicher Leistungen gemäß § 4 Absatz 3 der Prüfungsordnung des weiterbildenden Master-Studien-gangs „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“.

(4) Die Pflicht zur Entrichtung von Semesterbeiträgen gemäß der Ordnung für Zulassung und Einschreibung der Studienbewerberinnen und Studienbewerber an der Hochschule Trier (Einschreibeordnung) in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

§ 3 Fälligkeit

Die Fälligkeit der Studiengebühren richtet sich nach dem jeweiligen - in der Rechnung genannten - Datum. Die Rechnungsstellung erfolgt durch das BAQI.

§ 4 Ratenzahlung, Stundung, Ermäßigung und Erlass

(1) Abweichend von § 3 kann auf Antrag Ratenzahlung bewilligt werden, wenn die sofortige Einziehung des vollen Betrages für die/den Studierenden mit erheblichen Härten verbunden wäre. Die Höhe der Raten soll sich an der Leistungsfähigkeit der Studierenden orientieren und so bemessen sein, dass der volle Betrag in der Regel innerhalb eines Jahres gezahlt wird. Eine Ratenzahlung kann auch gewährt werden, wenn ein Antrag gemäß Absatz 3 oder Absatz 4 abgelehnt wird.

(2) Die Gewährung der Ratenzahlung kann widerrufen werden, wenn Studierende mit der Zahlung der Raten in Verzug kommen. Sie ist zu widerrufen, wenn er mit der Zahlung von drei Raten im Verzug ist.

(3) Auf Antrag der Studierenden können Studiengebühren gestundet werden, wenn die sofortige Einziehung mit erheblichen Härten für die Studierenden verbunden wäre und die Erfüllung des Anspruches durch die Stundung nicht gefährdet wird. Die Stundung soll gegen angemessene Verzinsung und in der Regel nur gegen Sicherheitsleistung gewährt werden. Eine Stundung kann auch gewährt werden, wenn ein Antrag gemäß Absatz 4 abgelehnt wird.

(4) Eine Ermäßigung oder ein Erlass kann auf Antrag der Bewerberin / des Bewerbers erfolgen. Ermäßigung und Erlass sollen nur in schwerwiegenden Fällen ausgesprochen werden, in denen dem oder der Studierenden auch unter Berücksichtigung seiner / ihrer bei der Bewerbung um die Zulassung zum Studium nachgewiesenen Qualifikation oder seiner / ihren bisherigen Leistungen während des Studiums nicht ohne Gefährdung seines / ihres angemessenen Lebensunterhalts möglich sind. Vor Ermäßigung und Erlass sind Fördermöglichkeiten durch den Bewerber oder die Bewerberin auszuschöpfen.

(5) Entscheidungen nach § 4 trifft der Studien-gangbeauftragte.

§ 5 Erstattung von Studiengebühren

Studiengebühren können nicht erstattet werden.

§ 6 Folgen der Nichtzahlung

Studierende im weiterbildenden Master-Studiengang „Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren (LL.M.)“, die die fälligen Gebühren bzw. die vereinbarten Gebührenraten nicht entsprechend der oben genannten Fristen entrichtet haben, können an den Lehrveranstaltungen und den damit verbundenen Prüfungen nicht teilnehmen bzw. ihre Teilnahme nicht fortsetzen. Maßgeblich hierfür ist jeweils der Zahlungseingang bei der Hochschule Trier. Studierende, die die fälligen Gebühren trotz erfolgter Mahnung nicht entrichtet haben, werden zum Ende des Semesters, für das die Gebühren nicht entrichtet wurden, exmatrikuliert.

Wird eine Ratenzahlung vereinbart, die über die Studienzeit hinausgeht, wird von einer Aushändigung der entsprechenden Abschlussdokumente (Masterprüfungszeugnis, Masterprüfungsurkunde, etc.) nach erfolgreichem Studienabschluss zunächst abgesehen. Die Aushändigung der Abschlussdokumente erfolgt erst mit Begleichung der gesamten Studiengebühren.

**Ordnung zur Aufhebung der Ordnung für
die Masterprüfung im Studiengang
Insolvenzrecht und Reorganisationsverfah-
ren an der Hochschule Trier
vom 17.10.2017**

Auf Grund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 167; BS 223-41) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02. März 2017 (GVBl. S. 17), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Umweltwirtschafts/Umweltrecht der Hochschule Trier am 04.10.2017 die folgende Ordnung zur Aufhebung der Ordnung für die Masterprüfung im Studiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren beschlossen. Sie wurde vom Präsidenten der Hochschule Trier am 16.10.2017 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

§ 1 Außerkrafttreten der bisherigen Prüfungsordnung

Die Ordnung für die Masterprüfung im Masterstudiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren vom 24.08.2012 (publicus, Nr. 2012/8 vom 30.08.2012, S. 359-373), geändert am 12.02.2016 (publicus, Nr. 2016/03 vom 01.03.2016, S. 26), wird hiermit aufgehoben.

§ 2 Übergangsvorschriften

(1) Studierende, die vor dem Inkrafttreten der neuen Ordnung vom 17.10.2017 im Masterstudiengang Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren eingeschrieben waren, können das Studium nach der in § 1 genannten Ordnung bis zum Ende des Wintersemesters 2019/2020 (29.02.2020) beenden. In Härtefällen kann der Prüfungsausschuss die Fristen verlängern.

(2) Studierende werden auch nach dem Inkrafttreten der Ordnung vom 17.10.2017 nach der in § 1 genannten bisherigen Prüfungsordnung eingeschrieben, sofern sie bei der Einschreibung in den in § 1 genannten Masterstudiengang in ein höheres Fachsemester eingestuft werden und wenn die Veranstaltungen des höheren Fachsemesters gemäß Curriculum der aktuell geltenden Prüfungsordnung ihres Studiengangs noch nicht angeboten werden.

(3) Studierende nach Abs. 1 können den Wechsel von der Prüfungsordnung vom 24.08.2012 in die Prüfungsordnung vom 17.10.2017 des Masterstudiengangs Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren beantragen. Dabei werden gleichwertige Leistungen, die bereits erbracht wurden, angerechnet. Der Antrag ist unwiderruflich.

(4) Studierende nach Abs. 1, die nach Ablauf der dort genannten Frist das Masterstudium noch nicht abgeschlossen haben, beantragen den Wechsel in die Prüfungsordnung vom 17.10.2017 des Masterstudiengangs Insolvenzrecht und Reorganisationsverfahren. Dabei werden Studienzeiten sowie gleichwertige Leistungen, die bereits erbracht wurden, angerechnet. Der Antrag ist unwiderruflich.

(5) Einzelheiten des Übergangs regelt der Prüfungsausschuss.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Veröffentlichungsorgan der Hochschule Trier „publicus“ in Kraft.

Trier, den 17.10.2017

gez.: Prof. Klaus Helling
Der Dekan des Fachbereichs Umweltwirtschaft/Umweltrecht der Hochschule Trier